

Krieg in Europa! – Frieden durch Aufrüstung?

Essay von Uwe Wötzel, 9. März 2022¹

Putins Krieg gegen die Ukraine hat eine Vorgeschichte

Am 2. März verurteilte die Vollversammlung² der Vereinten Nationen auf das Schärfste die Aggression Russlands gegen die Ukraine unter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen auf das Schärfste und forderte die Russische Föderation auf, ihre Entscheidung vom 21. Februar über den Status bestimmter Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk unverzüglich und bedingungslos rückgängig zu machen. Doch die brutalen Angriffe der russischen Armee auf die Ukraine werden fortgesetzt, auch gegen die Zivilbevölkerung, auf Krankenhäuser, gegen Einrichtungen der zivilen Infrastruktur, sogar auf Atomkraftwerke. Tausende Menschen sterben, Millionen sind auf der Flucht. Die Not und das Leid sind unermesslich. Nichts, aber auch gar nichts kann diesen verbrecherischen Krieg rechtfertigen. Dennoch müssen wir fragen, wie es dazu kam, wer Anteile an der Vorgeschichte hat und für welche Fehler unschuldige Menschen in diesem Krieg mit ihrem Leben und ihrem Leid einen hohen Preis zahlen. Wenn wir aus Fehlern nicht lernen, dann werden sich Kriege mit ihren schrecklichen Folgen für Millionen Menschen wiederholen.

Vor 20 Jahren wollte Putin gemeinsame Sicherheit in Europa

Es war Putin, der noch im Jahr 2001 in Deutschen Bundestag anhaltenden Applaus bekam für diese Erklärung: *„Ohne eine moderne, dauerhafte und standfeste internationale Sicherheitsarchitektur schaffen wir auf diesem Kontinent nie ein Vertrauensklima und ohne dieses Vertrauensklima ist kein einheitliches Großeuropa möglich. Heute sind wir verpflichtet, zu sagen, dass wir uns von unseren Stereotypen und Ambitionen trennen sollten, um die Sicherheit der Bevölkerung Europas und die der ganzen Welt zusammen zu gewährleisten.“*³ Putin hoffte offenbar zu Beginn seiner ersten Präsidentschaft an im „Zwei plus Vier Vertrag“ von 1990 vereinbarten *„Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen“*.⁴

Hoffnung auf gemeinsame Sicherheit wurde enttäuscht

Putins Hoffnungen wurden auf Vertrauensbildung und gemeinsame Sicherheit konterkariert. Besonders die zweite und sehr weitreichende große NATO-Osterweiterung⁵ 2004 mit der Aufnahme von Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien war ein politischer Schritt, der die Haltung Russlands zum Westen veränderte. Der große US-Diplomat und Historiker George F. Kennan war ein nachdrücklicher Warner vor den Folgen einer

¹ Mein Beitrag ist eine Momentaufnahme ohne Anspruch auf Vollständigkeit, es ist die Sicht eines kritischen Zeitgenossen, der für sachliche Kritik und Impulse offen ist. uwe.woetzel@web.de

² <https://www.un.org/press/en/2022/ga12407.doc.htm>

³ https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

⁴ Bundesgesetzblatt 1990 II S. 1317

⁵ <https://nsarchive.gwu.edu/>

Osterweiterung der NATO für die internationale Sicherheit. Am 5. Februar 1997 schrieb er in einem Gastbeitrag für die New York Times, dass die Entscheidung von Präsident Clinton, die NATO bis zu den Grenzen Russlands zu erweitern, der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der Ära nach dem Kalten Krieg wäre: *„Diese Entscheidung kann erwarten lassen, dass die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der Meinung Russlands entzündet werden; dass sie einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, dass sie die Atmosphäre des Kalten Krieges in den Beziehungen zwischen Osten und Westen wiederherstellen und die russische Außenpolitik in Richtungen zwingen, die uns entschieden missfallen werden“*⁶

Putin benannte 2007 als Gast der Münchener Sicherheitskonferenz sehr deutlich den von ihm erkannten Vertrauensbruch: *„Es ist bekannt, dass die Problematik der internationalen Sicherheit bedeutend breiter ist als die Fragen der militärpolitischen Stabilität. Dazu gehören die Beständigkeit der Weltwirtschaft, die Überwindung der Armut, die ökonomische Sicherheit und die Entwicklung des Dialogs zwischen den Zivilisationen. Dieser allumfassende, unteilbare Charakter der Sicherheit drückt sich auch in seinem Grundprinzip aus: „Die Sicherheit des Einzelnen – das ist die Sicherheit aller“. Wie sagte doch Franklin Roosevelt schon in den ersten Tagen des II. Weltkrieges: „Wo auch immer der Frieden gebrochen wird, ist er gleichzeitig überall bedroht und in Gefahr.“ ... Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil, das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben?“*⁷

Putins Politik: reaktionär, nationalistisch, imperialistisch

Heute wissen wir, dass das von George F. Kennan und anderen Experten befürchtete Szenario trat ein. Putin baute sich einen kleinen Hofstaat mit einem Netzwerk von nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Leuten und bereitete zeitgleich mit der fortschreitenden Osterweiterung der NATO auf allen Ebenen seinen Angriff auf die Ukraine vor. Diese Entwicklung war nicht unübersehbar, sie vollzog sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Lange bevor 2021 massive russische Truppenkontingente an der ukrainischen Grenze in Stellung gebracht wurden, da erfolgte auch die ideologische Vorbereitung⁸. Es wurden in Russland nationalistische Klubs geschaffen und materiell gut ausgestattet, die das ideologische Rüstzeug für den Krieg gegen die Ukraine lieferten. Zu diesen nationalistischen Klubs gehört der 2012 gegründete Isborsk-Klub⁹, benannt dem historischen Ort in Nordwestrussland, der als ein Zentrum russischer Stämme gilt im Jahr 862 die Gründung russischer Staatlichkeit markieren soll. Der Klub versteht sich als Plattform für eine nationalistische Querfront und will die "Roten" (Nationalkommunisten) und "Weißen" (Rechtsnationalisten) vereinigen. Der Klub-Vorsitzender Prochanow flog als Gast in dem Langstreckenbomber „TU-95 Isborsk“ mit. Prochanow ist zugleich Mitglied des Waldai-Klubs¹⁰. Beide Klubs¹¹ teilen die nationalistische Orientierung und verfügen über intensive Verbindungen zum Kreml. Den russischen Überfall auf die Ukraine kommentierte das Isborsk-Klub-Mitglied Dr. Natalia Narochnitskaya, leitende Forscherin am

⁶ <https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html>

⁷ <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>

⁸ Volker Weiß, Eurasische Reconquista, <https://jungle.world/artikel/2022/09/eurasische-reconquista>

⁹ <https://izborsk-club.ru/>

¹⁰ <https://valdaiclub.com/a/highlights/russia-ukraine-quo-vadis/>

¹¹ <https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/159429/analyse-neue-rechtsextreme-intellektuellenzirkel-in-putins-russland-das-anti-orange-komitee-der-izborsk-klub-und-der-florian-geyer-klub/>

Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, am Tag des Angriffs, am 24. Februar, in einem Interview mit Izvestia: „Die Wurzel des Konflikts nicht nur in der Ukraine, sondern auch in vielen anderen ehemaligen Republiken der UdSSR liegt in der doppelten, doppelten, rechtswidrigen Zerstörung des historischen russischen Staates. Zuerst von den Bolschewiki 1917, dann von den Liberalen 1991. Darüber hinaus wurden sie 1991 nicht entlang der historischen Grenzen geteilt, die die Bolschewiki gezogen haben.“¹² Zum Isborsk-Klub gehört auch Alexander Dugin, der als Gründer, Chefideologe und Vorsitzende der sogenannten Internationalen Eurasischen Bewegung über Zugang zu höchsten Regierungs- und Parlamentskreisen verfügt¹³. Dugin vertritt offen imperialistische und neofaschistische Positionen und propagiert über internationale Netzwerke das geopolitische Konzept eines „Neo-Eurasismus“ auf der Basis eines in Opposition zu den USA stehenden großrussischen Reiches. Etwa einmal pro Woche tritt Dugin in einem der staatlichen oder halbstaatlichen Rundfunk- oder Fernsehkanäle Russlands auf. Aufgrund seiner Eloquenz und Belesenheit hat er sich zu einem beliebten Interviewpartner russischer Journalisten entwickelt.

Putin selbst präsentierte im Juli 2021 seine nationalistische und imperialistische Geschichtspolitik in einen Aufsatz¹⁴. Putin Vorstellung von einem Großrussischen Reich, analog der Kiewer Rus offenbart seine „Gedankenwelt, in der sich Sowjetpatriotismus, imperialer und russischer Ethnonationalismus sowie revisionistisches Denken vermischen. Für Putin ist die Ukraine ein „Anti-Russland“, hinter dem eine Verschwörung des Westens steht. Den ethnischen Russen in der Ukraine drohe „eine gewaltsame Assimilation“, die mit dem „Einsatz von Massenvernichtungswaffen“ vergleichbar sei.“ Im Juli 2021 forderte Andreas Kappler, „Putins Drohungen sollten ernst genommen werden.“¹⁵

Nicht zu übersehen war auch der nationalistische Kurs, mit kleinen sozialpolitischen, aber auch mit religiösen und homophoben Akzenten in der im Juli 2020 geänderten Verfassung der Russischen Föderation. Zu wesentlichen besonders markanten Veränderungen gehören Vorrang der russischen Verfassung vor dem Völkerrecht, Stärkung von Befugnissen des Präsidenten, das Bekenntnis zu Gott, Indexierung der Renten, Verbot des Unterschreitens des Mindestlohns gegenüber dem Existenzminimum, Ehe nur als Bund von Mann und Frau. Die Abkehr vom Völkerrecht in der russischen Verfassung bedeutet, dass Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht durchgesetzt werden können. Damit werden russische Oppositionsaktivisten der Willkür eines repressiven Staats- und Justizapparates ausgeliefert. Einen eigenen Platz bekamen in der neuen Verfassung das völkische Geschichtsbild und die Abwehr von differenzierten Betrachtungen der Geschichte in Artikel 67 Absatz 2 und 3:

„2. Die Russische Föderation, vereint durch eine **tausendjährige Geschichte**, bewahrt die Erinnerung an die Vorfahren, die uns Ideale und den Glauben an Gott weitergegeben haben, sowie die Kontinuität in der Entwicklung des russischen Staates und erkennt die historisch begründete staatliche Einheit an.

3. Die Russische Föderation ehrt das Andenken an die Verteidiger des Vaterlandes und gewährleistet den **Schutz der historischen Wahrheit**. Eine Abwertung der Bedeutung der Leistung des Volkes bei der Verteidigung des Vaterlandes ist nicht gestattet.“¹⁶

¹² <https://izborsk-club.ru/22390>

¹³ Andreas Umland, Faschismus à la Dugin, Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2007, S. 1432-1435
<https://www.blaetter.de/ausgabe/2007/dezember/faschismus-a-la-dugin>

¹⁴ Vladimir Putin, Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern, deutsch in OSTEUROPA, 71. Jg., 7/2021, S. 51–66
<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/ueber-die-historische-einheit-der-russen-und-der-ukrainer/> und
<http://kremlin.ru/events/president/news/66181>

¹⁵ Andreas Kappeler, Revisionismus und Drohungen; Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern (Osteuropa 7/2021, S. 67–76) <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/revisionismus-und-drohungen/>

¹⁶ <http://duma.gov.ru/news/48045/>

Zu Putins Strategie zur Verfälschung der Geschichte gehört auch das Verbot von Memorial¹⁷, der bedeutenden von Sacharow gegründeten und von Gorbatschow unterstützen Menschenrechtsorganisation, die insbesondere die Verbrechen des Stalinismus aufarbeitet. Putins Vorliebe für Diktatoren wurde bereits 1993 sichtbar, als er in seiner Amtszeit als zweiter Bürgermeister von St. Petersburg vor deutschen Unternehmensvertretern den chilenischen Diktator Pinochet als Vorbild für neoliberale, autoritäre und notwendige Politik darstellte.¹⁸

Als Putin im April 2021 fast 90.000 russische Soldaten vor der ukrainischen Grenze aufmarschieren ließ, da erklärte der ukrainische Präsident Selensky im April 2021 den NATO-Beitritt seines Landes als „einzigsten Weg“ für den Frieden bezeichnete. Der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andreji Melnyk, legte im Interview mit dem Deutschlandradio¹⁹ am 15. April 2021 nach, Kiew werde „vielleicht auch über den nuklearen Status nachdenken“.

Die NATO eine Wertegemeinschaft, wofür?

Als was sollte Putin die permanente Ausdehnung der NATO in Richtung Osten wahrnehmen? Als Bedrohung der Sicherheit Russlands und damit der Bedrohung der Sicherheit ganz Europas? Welchem Anspruch wurde und wird die NATO gerecht? Wozu brauchen Menschen in Europa die NATO?

In der Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Bundesregierung wird die NATO dargestellt „als Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten. Im Nordatlantikvertrag bekennen sich die Mitglieder zu Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts.“²⁰In welchem Verhältnis steht dieser Anspruch zur Realität? In welchem Kontext steht die NATO als Wertegemeinschaft des freien Westens?

Nach dem Ende der UdSSR und dem Warschauer Vertrag verstand sich die NATO als Sieger der Geschichte. Die NATO steht historisch für globale Vorherrschaft des Westens unter Führung der USA. Die globale Vorherrschaft des Westens begann vor über 500 Jahren mit den brutalen und räuberischen Landnahmen. Der britische Kapitalist und Politiker Cecil Rhodes erklärte die räuberische Kolonialpolitik: „Wir müssen neue Länder finden, aus denen wir leicht Rohstoffe gewinnen können und gleichzeitig die billige Sklavenarbeit ausnutzen können, die von den Eingeborenen der Kolonien zur Verfügung steht. Die Kolonien würden auch einen Abladeplatz für die in unseren Fabriken produzierten Überschüsse darstellen.“ NATO-Mitgliedsstaaten, waren noch Jahrzehnte nach NATO-Gründung als globale Kolonialstaaten, als Sklavenhändler, Ausbeuter von Menschen und Natur, Kriegs- und Besatzungsmächte auf den Kontinenten Afrikas, Amerikas und Asiens mit brutaler Gewalt tätig. NATO-Mitglieder wie Frankreich, Belgien und Portugal zogen sich erst nach blutigen Befreiungskämpfen der Menschen in den jeweiligen Ländern zurück. Zum postkolonialen Erbe dieser Politik zählen unsagbares Leid bei indigenen Völkern, willkürlich von Kolonialmächten gezogene Staatsgrenzen, ausgeplünderte Schätze, zerstörte Natur und struktureller Rassismus. Dies ist das Erbe von Staaten, die sich unter dem Dach der NATO „als Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten, für Frieden, Demokratie, Freiheit und der Herrschaft des Rechts“ verstehen. Die Kriege von NATO-Staaten im Kongo, in Algerien, in Indochina, Angola, Mosambik gehören zur Geschichte der NATO ebenso, wie die NATO-Mitgliedschaft von zeitweise faschistischen Regimen in Spanien, Portugal und Griechenland. Die NATO war und ist stets der bewaffnete Arm eines Bundes, dem ungeachtet der politischen Verfasstheit und dem Status der Menschenrechte

¹⁷ <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2022-03-03/liquidation-memorial>

¹⁸ Bericht in der Tageszeitung Neues Deutschland, 31.12.1993

¹⁹ <https://www.deutschlandfunk.de/russlands-truppenverlegung-ukrainischer-botschafter-wir-100.html>

²⁰ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/nato-faq-206618>

in den Mitgliedsstaaten die Sicherung und Schutz des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit der Garantie des Privateigentums an Produktionsmitteln ein zentrales Ziel darstellt.

Der Bruch der Anti-Hitler-Koalition war zugleich der Beginn des Kalten Krieges. Die folgenden Jahrzehnte offenbarten die Widersprüche zwischen Propaganda und bekannten Realitäten in der Politik der Westmächte und späteren NATO-Mitgliedsstaaten. Die US-Atombombeneinsätze gegen die Menschen in Hiroshima und Nagasaki markierten auch eine Warnung an die damalige UdSSR und waren zugleich der Auftakt für das atomare Wettrüsten. Mit bester Schönfärberei wurde im Kalten Krieg die US-Großmachtpolitik verpackt und angepriesen. 1947 verkündete der damalige US-Präsident Truman seine Doktrin mit folgenden Worten:

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte muss fast jede Nation zwischen alternativen Lebensformen wählen. Nur zu oft ist diese Wahl nicht frei. Die eine Lebensform gründet sich auf den Willen der Mehrheit und ist gekennzeichnet durch freie Institutionen, repräsentative Regierungsform, freie Wahlen, Garantien für die persönliche Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit von politischer Unterdrückung. Die andere Lebensform gründet sich auf den Willen einer Minderheit, den diese der Mehrheit gewaltsam aufzwingt. Sie stützt sich auf Terror und Unterdrückung, auf die Zensur von Presse und Rundfunk, auf manipulierte Wahlen und auf den Entzug der persönlichen Freiheiten. Ich glaube, es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen. Ich glaube, wir müssen allen freien Völkern helfen, damit sie ihre Geschicke auf ihre Weise selbst bestimmen können. Unter einem solchen Beistand verstehe ich vor allem wirtschaftliche und finanzielle Hilfe, die die Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Verhältnisse bildet. Die Welt ist nicht statisch und der Status quo ist nicht heilig. Aber wir können keine Veränderungen des Status quo erlauben, die durch Zwangsmethoden oder Tricks wie der politischen Infiltration unter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen erfolgen. Wenn sie freien und unabhängigen Nationen helfen, ihre Freiheit zu bewahren, verwirklichen die Vereinigten Staaten die Prinzipien der Vereinten Nationen. Die freien Völker der Welt rechnen auf unsere Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit. Wenn wir in unserer Führungsrolle zaudern, gefährden wir den Frieden der Welt - und wir schaden mit Sicherheit der Wohlfahrt unserer eigenen Nation.“²¹

Ziel der US-Doktrin war es, die Expansion der Sowjetunion aufzuhalten, und Regierungen im Widerstand gegen den Kommunismus zu unterstützen. Koste es was es wolle. Und es kostete. Es kostete Menschenleben, Umweltschäden und gewaltige öffentliche Ressourcen. Unter opferreichen Stellvertreterkriegen litten besonders die Menschen in Korea, Vietnam und Afghanistan. "Wenn wir am Hindukusch Erfolg haben, werden wir auch das nächste Mal stärker sein, wenn wir aufgerufen sind, unsere Sicherheit und Werte weit weg von zu Hause zu verteidigen.", dass erklärte die damalige US-Botschafterin Victoria Nuland²². Wir haben noch die Bilder vom Abzug der US-Truppentransporter vom Flughafen Kabul vor den Augen und wissen, wie militärische Abenteuer ausgehen können.

Kriege in Europa – vergessen und verdrängt

Der russische Angriff auf die Ukraine entwickelt sich zum bisher größten und gefährlichsten Krieg in Europa. Aber er ist nicht der erste Krieg in Europa. Viele Kriege sind im öffentlichen Bewusstsein nicht präsent oder werden verdrängt. Die Arbeitsgemeinschaft

²¹ Rede von US-Präsident Harry S. Truman am 12. März 1947 vor beiden Häusern des Kongresses. <https://segu-ge-schichte.de/truman-doktrin-quelle/>

²² Victoria Nuland, 8. Februar 2008 in Berliner Zeitung; Quellen: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2008-protest.html> und <https://www.sueddeutsche.de/politik/afghanistan-einsatz-der-bundeswehr-soldat-fuer-soldat-1.263007>

Kriegsursachenforschung (AKUF) informiert²³ umfassend über das weltweite Kriegsgeschehen nach dem Zweiten Weltkrieg. Im AKUF-Archiv sind Analysen, Übersichten und Statistiken zu sämtlichen Kriegen seit 1945 vorhanden: *„Noch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges standen die zwei Griechischen Bürgerkriege (1944-1945 und 1946-1949), die in Westeuropa das Kriegsgeschehen nach dem Zweiten Weltkrieg einleiteten. Der erste Griechische Bürgerkrieg begann zwar im Dezember 1944, während der Zweite Weltkrieg in Europa offiziell erst am 8. Mai beendet wurde. Jedoch standen sich hier bewaffnete Gruppen gegenüber, die bereits den ideologischen Lagern des bevorstehenden Ost-West-Konfliktes zuzuordnen sind. Ungefähr in den gleichen Zeitraum fällt der Spanische Bürgerkrieg (1945-1950). Allein drei Kriege eskalierten auf Zypern. Von 1955 bis 1959 wurde um die Unabhängigkeit der Insel von Großbritannien gekämpft, der zweite Krieg (1963-1964) führte zur Teilung der Insel in einen griechisch-zypriotischen Süden und einen türkisch-zypriotischen Norden, der Krieg von 1974 schließlich verfestigte diese Teilung noch einmal. Von 1968 bis 1979 dauerte der Krieg im spanischen Baskenland, der seitdem unterhalb der Kriegsschwelle mit geringer Intensität weitergeht. Der Nordirlandkrieg (1969-1997) stellt die längste bewaffnete Auseinandersetzung dar. Mit Ausnahme des Ungarn-Aufstandes von 1956 blieb Osteuropa bis 1989 kriegsfrei. Von 1989 bis 1995 eskalierten jedoch gleich 5 Kriege, die allesamt in Südosteuropa stattfanden. Nach den relativ kurzen kriegerischen Auseinandersetzungen in Rumänien (1989) und Moldavien (1992) haben die kriegerischen Staatsbildungsprozesse auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens das weitere Konfliktsgeschehen bestimmt. Die Kriege in Slowenien (1991), Kroatien (1991-1995) und Bosnien (1992-1995) begannen zwar als Sezessionskriege, sie bekamen jedoch im weiteren Konfliktverlauf, mit der Anerkennung der Unabhängigkeit der jugoslawischen Nachfolgestaaten, auch eine zwischenstaatliche Dimension.“*

Unter den Kriegen in Europa wird der NATO-Krieg gegen Jugoslawien mit der Abtrennung des Kosovo als völkerrechtswidrig angesehen. Es gab für diesen Krieg weder ein UN-Mandat, noch Bündnisfall, sondern als Vorwand nur Lügen²⁴. Der NATO-Einsatz unter Beteiligung von Tornados der Bundeswehr dauerte vom 24. März 1999 als Tag des ersten Luftangriffs bis zum 9. Juni 1999. NATO-Bomber warfen binnen 78 Tagen 20.000 Bomben vor allem auf zivile Ziele in Jugoslawien. Sie feuerten über 100 Raketen zur Unterdrückung der jugoslawischen Flugabwehr. Dieser NATO-Krieg war ein Kriegsverbrechen. Die Begründung des Krieges beruhte auf einem nichtexistierenden „Operationsplan Hufeisen“. Im Ergebnis des Krieges wurden bestehende Grenzen verändert und der Kosovo als eigenes Staatsgebiet von Jugoslawien abgetrennt.

Invasion und Krieg im Schatten des Ukrainekrieges

Die Türkei, ein enger NATO-Partner Deutschlands, setzt im Schatten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ihren Angriffskrieg²⁵ gegen kurdische Gebiete in Nordsyrien fort und hält an der Besetzung größerer Regionen des Landes fest. In diesen Tagen werden erneut türkischer Artilleriebeschuss und Drohnenangriffe auf die kurdischen Gebiete Nordsyriens gemeldet; dabei wurden bisher zahlreiche Zivilisten verletzt. Wenige Wochen zuvor war es zu einem Großangriff der türkischen Luftwaffe gekommen. Erdoğan ließ die nordostsyrische Region Hasakah bombardieren, nachdem es dort kurdischen Kämpfern gelungen war, einen Gefängnisaufrastand des Islamischen Staates (IS) niederzuschlagen. Die Türkei hält seit Jahren mehrere Regionen Nordsyriens besetzt, errichtet dort türkische Infrastruktur und bindet die Gebiete

²³ <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf/kriegearchiv.html>

²⁴ Die erstmals 2001 gesendete WDR-Dokumentation „Es begann mit einer Lüge“ geht davon aus, dass die gesamte Geschichte frei erfunden wurde und nur der Rechtfertigung der militärischen Einsätze diene, <https://www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRIXMNU>

²⁵ <https://www.pressenza.com/de/2022/03/die-ignorierte-invasion/>

an ihr Verwaltungssystem an, während die ursprünglich ansässigen syrischen Kurden in wiederkehrenden ethnischen Säuberungen vertrieben werden. Deutschland, traditionell ein bedeutender Waffenlieferant der Türkei, und die NATO, deren zweitgrößte Streitkräfte Ankara stellt, tolerieren die türkische Invasion in Nordsyrien und begünstigen sie zeitweise sogar.

Ausgangspunkt der türkischen Besetzung in Nordsyrien ist der türkische Überfall auf Afrin, der als völkerrechtswidriger Angriffskrieg bewertet werden muss. Die NATO ließ der Türkei freie Hand bei der ethnischen Säuberung der kurdischen Regionen zu. Der jüngste Großangriff türkischer Kampfflugzeuge und Killerdrohnen auf Nordsyrien erfolgte wenige Stunden nach der Niederschlagung eines Gefängnisaufstandes des Islamischen Staates (IS) durch kurdische Einheiten.

Die Türkei nutzt im Krieg gegen Kurden die Militärdrohnen des Typs Bayraktar TB2. Diese Killerdrohnen arbeiten mit deutscher Technik. Die deutsche Firma Hensoldt, an der die Bundesregierung eine Sperrminorität von 25,1 Prozent hält, liefert für diesen Drohnen-Typ die Schlüsselkomponente ARGOS. ARGOS führt über ein Lasersystem die Raketen ins Ziel. Bei der Bayraktar TB2 handelt es sich um den Typ, der von den aserbaidjanischen Truppen während des Bergkarabach-Krieges 2020 im Kaukasus zur Bekämpfung armenischer Stellungen kriegsentscheidend eingesetzt wurden. Eine herausragende Rolle bei der Tolerierung und Unterstützung der diversen türkischen Angriffskriege gegen die kurdischen Gebiete in Nordsyrien hat nachweisbar die Bundesregierung gespielt. Berlin verhinderte etwa während der türkischen Invasion in den Kanton Afrin Anfang 2018 die Umsetzung eines EU-Waffenembargos gegen Ankara, während zugleich Formulierungen in den EU-Stellungnahmen zu dem türkischen Angriffskrieg auf Betreiben Berlins abgeschwächt wurden. Die türkische Besetzung in Nordwestsyrien, in deutschen Medien zuweilen beschönigend als „Schutzschild“ bezeichnet, wird von Berlin sogar mit 100 Millionen Euro finanziert.

Die Bundesregierung genehmigte sogar während des türkischen Eroberungskrieges in Afrin weiterhin Waffenexporte im Wert von 4,4 Millionen Euro in die Türkei. Deutschland, dessen Leopard 2-Panzer die türkischen Streitkräfte bei der Eroberung Afrins einsetzten, gehört zu den wichtigsten Waffenlieferanten der Türkei. Zudem kündigte Berlin kurz nach der Eroberung des Kantons Afrin durch türkisches Militär und verbündete jihadistische Milizen an, die Türkei, die in Afrin eine Besatzungsherrschaft errichtete und ethnische Säuberungen durchführte, finanziell zu unterstützen. Die NATO, die derzeit die Invasion Russlands in die Ukraine aufs Schärfste verurteilt, hat hingegen die Invasion der Türkei nach Afrin von Anfang an offen unterstützt. Im Februar 2018 bezeichnete NATO-General Jens Stoltenberg das „Vorgehen“ der Türkei auf der Münchener Sicherheitskonferenz als „angemessen“. Der NATO-Partner Türkei strebt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an. Bekommt die EU in neues Aushängeschild als Wertegemeinschaft? Ist der Krieg der Türkei gegen Kurden in Syrien eine Visitenkarte für eine friedliche Wertegemeinschaft? Wohl kaum.

Geopolitik, alias Imperialismus

Die globale machtpolitische Konstellation hat sich seit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes in den 1990er Jahren enorm verändert. Die Politik des Neoliberalismus hat mit der Deregulierung der Märkte, der Privatisierung von öffentlichen Gütern, einer gigantischen Umverteilung zugunsten der Vermögenden auf Kosten von Sozialstandards und Umwelt mit den verheerenden Folgen von Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos systemische Risiken für das Leben und die soziale Sicherheit dramatisch vergrößert. Unter Führung der USA, die größten Militärmacht der Welt misslang nach seit nach 20 Jahren „War on Terror“ mit Interventionen in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. In dieser Zeit profitiert die VR

China von der Globalisierung und ist mit starker Dynamik auf dem Weg zur mächtigsten Wirtschaftsnation der Welt. Der Aufstieg weiterer Schwellenländer verbraucht ebenso wie das bisherige Wachstumsmodell der alten Industrienationen enorme, aber auch begrenzte Ressourcen und nutzt dabei den ungehinderten Zugang zu Ressourcen und Absatzmärkten ihrer Waren. In Ressourcenreichen Regionen, in Teilen Afrikas, im mittleren und im Nahen Osten werden Kriege geführt. Es sind so viele Menschen wie noch nie zuvor sind auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Umweltschäden, Armut und anderen Formen der Gewalt. Vor diesem Hintergrund wird der Aufrüstungswahn der NATO (2-Prozent-Ziel) das Risiko weiterer militärischer Eskalationen fortgesetzt. Diese Politik ist nicht die Basis für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung, für die wirtschaftliche und soziale Sicherheit aller Menschen auf diesem Planeten.

Die Rüstungsindustrie feiert die Zeitenwende

Im Ergebnis müssen wir heute feststellen, dass die Zielsetzung der NATO auf Lügen und Mythen beruht. Die PR-Arbeit der NATO, ihre permanente Legitimationsrhetorik in den Medien²⁶ des Mainstreams blieb nicht ohne Wirkung. So war nicht wirklich überraschend, dass Bundeskanzler Scholz in der Sondersitzung vor dem Bundestag am 27. Februar neben Waffenlieferungen deutliche Steigerungen der Militärausgaben versprach und für die Bundeswehr zusätzlich 100 Milliarden Euro im Rahmen eines Sondervermögens ankündigte. Finanzminister Christian Lindner erklärt, Deutschland solle eine der „schlagkräftigsten Armeen in Europa“ erhalten.²⁷ Das 100-Milliarden-Euro-Rüstungsprogramm sichert deutschen Waffenschmieden Rekordaufträge. Aktienkurse einer ganzen Reihe deutscher Rüstungskonzerne schnellten am 28. Februar um weit mehr als 50 Prozent in die Höhe. Rheinmetall, Deutschlands größter Rüstungskonzern, hat ein Angebot für Lieferungen im Wert von 42 Milliarden Euro binnen zwei Jahren vorgelegt. Der Umsatz der Rheinmetall-Rüstungssparte hatte 2020 noch bei 3,7 Milliarden Euro gelegen.

Dabei hatte Deutschland Anfang Februar der NATO erneut Verteidigungsausgaben in Rekordhöhe gemeldet. Für das Jahr 2022 wurde 53,03 Milliarden Euro gemeldet. Dies entspricht einer Steigerung um 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.²⁸ Deutschlands Militärausgaben waren um 28 Prozent höher als 2011. Russlands Militärausgaben stiegen 2020 um 2,5 Prozent auf 61,7 Milliarden Dollar. Im Jahr 2020 erreichten die US -Militärausgaben geschätzte 778 Milliarden US-Dollar, was einem Anstieg von 4,4 Prozent gegenüber 2019 entspricht. Die weltweiten Militärausgaben steigen im Jahr 2020 auf fast 2 Billionen Dollar.²⁹ Diese riesigen Summen für Militärtechnik haben die Welt bekanntlich nicht sicherer gemacht. Die aktuellen Programme der Rüstungsstrategen gehen bereits seit einigen Jahren weit über die bisherigen Projekte hinaus. Das tödliche Potential von Atomwaffensystemen soll gesteigert werden.

Im Juni 2021 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages³⁰ für die weitere Finanzierung der Entwicklung des Future Combat Air Systems (FCAS) zugestimmt. FCAS besteht aus einem neuartigen Kampfjet mit Tarnkappen-Technologie, begleitenden Drohnenschwärmen und einer Vernetzung durch eine „Gefechts-Cloud“ – wie Netzpolitik schreibt. FCAS wird von Frankreich, Spanien und Deutschland gemeinsam entwickelt. Allein die Entwicklungskosten werden auf über 100 Milliarden Euro geschätzt, die Gesamtkosten könnten sich auf mehr als 500 Milliarden Euro belaufen. Es handelt sich bei dem „Future Combat Air System“ um ein System, das Atombomben im Schutz von Drohnenschwärmen ins Ziel bringen soll. Die Gefahr des Atomkrieges steigt mit FCAS auf eine höhere Stufe.

²⁶ Es gibt Ausnahmen vom Mainstream, so *Die Anstalt*: <https://www.youtube.com/watch?v=nzBJrhizwU>

²⁷ <https://www.sueddeutsche.de/panorama/lindner-will-eine-der-schlagkraeftigsten-armeen-in-europa-1.5538159>

²⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/ruestungsausgaben-deutschland-nato-101.html>

²⁹ <https://www.sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020>

³⁰ <https://www.bundestag.de/presse/hib/849578-849578>

Die Bundesregierung ist bereits Gespräch zum Kauf von 200 neue Schützenpanzer Pum, neuer Militärhubschrauber bei Airbus, neuer Kriegsschiffe bei ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) und neuer Radarsysteme bei Hensoldt. Hensoldt befindet sich ohnehin auf Wachstumskurs; der Konzern, der zum Beispiel an der Herstellung von Flugabwehrsystemen beteiligt ist, konnte den Umsatz im Jahr 2021 um rund 22 Prozent auf rund 1,5 Milliarden Euro steigern. Rheinmetall erwägt die Herstellung von Panzermunition von gegenwärtig 40.000 Stück pro Jahr auf 240.000 Stück ausweiten.

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf 2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. So wurde es in der Nato vereinbart. Als gäbe es keine anderen sozialen, ökologischen, bildungs- und gesundheitspolitischen Prioritäten.³¹

Bereits jetzt, vor dem Ende des russischen Krieges gegen die Ukraine ein mächtiger Sieger fest, es ist die Rüstungsindustrie, die mit ihrer intensiven Lobbyarbeit den Ukraine Konflikt über Jahre anfeuerte und über ihre Lobbyisten und ihre Verbindungen in die politischen und militärischen Stäbe der NATO-Mitgliedsstaaten permanent den Druck zur Osterweiterung der NATO steigerte.

Gegen die Aufrüstungspläne müssen wir mit einem lauten und starken NEIN antworten, wenn wir Kriege beenden und dem Frieden einen Schritt näherkommen wollen.

Epilog:

Frieden braucht Demokratie. Demokratie braucht Frieden. Die Annäherung an die Vorgeschichten des Krieges ist bedeutsam für die Suche nach Lösungen für Wege zum Frieden. Es geht dabei nicht um Relativierungen von Einflussfaktoren, sondern um eine differenzierte Betrachtung der Geschichte. Notwendige Transformationsprozess der osteuropäischen Gesellschaften, einschließlich Russlands zur Demokratie sind mühsam, zeitaufwendig und mit großen Hindernissen und Störungen behaftet. Wir wissen dies aus der deutschen Geschichte. Die politische Kultur Deutschlands war, mit einer sehr kurzen Unterbrechung der Weimarer Republik, durch den autoritären Obrigkeitsstaat und dann durch den Hitlerfaschismus bestimmt. Demokratie zu lernen und zu leben ist eine permanente Herausforderung und die Voraussetzung für Frieden. Eine Demokratie braucht wirtschaftliche, soziale, kulturelle, bürgerliche und politische Rechte für Menschen. Gesicherte Rechte und Freiheiten müssen im Alltag durch eine lebendige politische Praxis gestärkt werden. Dafür braucht es ein System freier und demokratischer Wahlen, parlamentarischer Kontrolle von funktionsfähigen Regierungen, eine unabhängige Justiz, deren Entscheidungen durchgesetzt werden, freie Gewerkschaften, eine lebendige Zivilgesellschaft sowie freie, vielfältige und unabhängige Medien, in der Ukraine und in Russland.

Hinweis auf Informationen und Aktionen der Friedensbewegung:

<https://www.friedenskooperative.de/ukraine-krise-alle-infos>

<https://friedensratschlag.de/category/aktuelles/>

Gute [erste Stellungnahme nach Kriegsbeginn](#)

Die [Aufzeichnung der Aktionskonferenz](#) der Friedensbewegung

Weitere Hinweise zu [Aktionen der Friedensbewegung](#).

Dieses alles ist auch auf der Webseite zu finden: <https://nie-wieder-krieg.org/>

Wir sind auch auf Facebook: <https://www.facebook.com/Nie.wieder.Krieg.org/>

³¹ <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/100-milliarden-fuer-die-ruistung--2406.html>

DOKUMENTATION:

Breites Bündnis

kritisiert Sondervermögen für Aufrüstung der Bundeswehr

Gemeinsame Erklärung vom 2. März 2022³²:

Das Forum Demokratische Linke 21 e.V., Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Institut Solidarische Moderne, Attac Deutschland, Naturfreundejugend Deutschlands, Hashomer Hatzair Deutschland e.V., European Alternatives Berlin, Klaus Barthel, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerfragen (AfA); Friedhelm Hilgers, Mitglied im Bundesvorstand AG60plus verurteilen Putins Angriffskrieg auf das Schärfste. Die russische Regierung muss sofort alle Angriffe stoppen, sich vollständig aus der Ukraine zurückziehen und die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine achten. Unsere größte Sorge gilt derzeit den Menschen in der Ukraine. Gerade jetzt bekennen wir uns, mehr denn je, zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

Deshalb haben wir am vergangenen Sonntag in Berlin gemeinsam mit Hunderttausenden Anderen für den Frieden demonstriert. Den Aufruf der am Bündnis beteiligten Organisationen und Gewerkschaften für ein Europa der Abrüstung, der Entspannung und der Verständigung teilen wir ganz ausdrücklich.

Wir lehnen das von Bundeskanzler Scholz am Sonntag vorgeschlagene Sondervermögen für Aufrüstung in Höhe von 100 Milliarden Euro und dauerhafte Rüstungsausgaben von über zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ab. Das ist ein beispielloser Paradigmenwechsel, dem wir uns vehement entgegenstellen. Stattdessen sollte darüber diskutiert werden, wie wir den Menschen in der Ukraine schnellstmöglich helfen können.

Für eine gut ausgestattete Bundeswehr braucht es weder Sondervermögen noch weitere Milliarden. Die Bundeswehr ist nicht von einer Unterfinanzierung geplagt, sondern von strukturellen Problemen beim Management und der Beschaffung von Materialien. Die Bundeswehr muss reformiert, nicht aufgerüstet werden. Darüber hinaus sollten jegliche Ausgaben für die Bundeswehr über den Weg des Verteidigungshaushalts gehen, inklusive eines Parlamentsvorbehalts, nicht über einen Sonderfonds – und erst recht nicht über einen im Grundgesetz verankerten Sonderstatus für militärische Aufrüstung.

Was die Ankündigung eines Sonderfonds auch klar macht: Statt hektisch angekündigter Grundgesetzänderungen, sollte die Schuldenbremse abgeschafft werden. Sie ist nicht zeitgemäß und führt zu immer absurderen Finanzposten-Konstruktionen.

Es darf zudem keine militärische Aufrüstung auf Kosten von sozialen Leistungen geben. Wir stehen vor großen Herausforderungen, deren Bewältigung all unsere Kraft braucht. Unser Gesundheitssystem steht weiterhin unter immenser Belastung und muss auskömmlich finanziert werden. Eine Reform der Renten- und Sozialleistungen benötigt viel Geld. Die Umgestaltung unserer Wirtschaft bringt enorme Kosten mit sich. Das Überleben der Menschheit hängt davon ab, ob es uns gemeinsam gelingt, die Klimakrise und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu bekämpfen. Für die Lösung dieser Menschheitsaufgaben müssen wir alle unsere Kraft aufwenden. Wir können es uns nicht leisten, die dafür dringend benötigten Ressourcen für Kriegsgerät auszugeben. Dies muss unsere gemeinsame Verantwortung sein, das sind wir nachfolgenden Generationen schuldig .

³² www.forum-dl21.de